

Schleswig-Holsteinischer Landtag
Stenographischer Dienst und Ausschußdienst

N i e d e r s c h r i f t

Finanzausschuß

15. Sitzung

Ausschuß für Bildung, Wissenschaft, Kultur und Sport

6. Sitzung

am Donnerstag, dem 14. November 1996, 10.00 Uhr

Sitzungszimmer des Landtages

Anwesende Abgeordnete des Finanzausschusses

Lothar Hay (SPD)

Vorsitzender

Holger Astrup (SPD)

Uwe Döring (SPD)

Ursula Kähler (SPD)

Helmut Jacobs (SPD)

in Vertretung

von Günter Neugebauer

Eva Peters (CDU)

Reinhard Sager (CDU)

Berndt Steincke (CDU)

Thomas Stritzl (CDU)

Monika Heinold (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Anwesende Abgeordnete des Bildungsausschusses

Dr. Ulf von Hielmcrone (SPD)

Vorsitzender

Helmut Jacobs (SPD)

Dr. Ernst Dieter Rossmann (SPD)

Sabine Schröder (SPD)

Jürgen Weber (SPD)

Angelika Volquartz (CDU)

Kläre Vorreiter (CDU)

Irene Fröhlich (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Dr. Ekkehard Klug (F.D.P.)

Fehlende Abgeordnete

Ursula Röper (CDU)

Caroline Schwarz (CDU)

Wolfgang Kubicki (F.D.P.)

Weitere Abgeordnete

Anke Spoorendonk (SSW)

Landtagsverwaltung

MR Rüdiger Breitkopf

RR z.A. Ole Schmidt

Weitere Anwesende

Einzigter Punkt der Tagesordnung:

1. Finanzplan des Landes Schleswig-Holstein 1996 bis 2000

Bericht der Landesregierung

Drucksache 14/300

und

**Entwurf eines Gesetzes über die Feststellung des Haushaltsplanes
1997(Haushaltsgesetz 1997)**

Gesetzentwurf der Landesregierung

Drucksache 14/240

hierzu: Umdrucke 14/192, 14/198, 14/199, 14/200

¥ **Einzelplan 07**

Ministerin für Bildung, Wissenschaft, Forschung und Kultur

Der Vorsitzende des Finanzausschusses, Abg. Hay, eröffnet die gemeinsame Sitzung um 10.00 Uhr, stellt die Beschlußfähigkeit des federführenden Finanzausschusses fest und übernimmt den Vorsitz. Die Tagesordnung wird in der vorstehenden Fassung gebilligt.

Einzigster Punkt der Tagesordnung:

Finanzplan des Landes Schleswig-Holstein 1996 bis 2000

Bericht der Landesregierung
Drucksache 14/300

und

Entwurf eines Gesetzes über die Feststellung des Haushaltsplanes 1997 (Haushaltsgesetz 1997)

Gesetzentwurf der Landesregierung
Drucksache 14/240

hierzu: Umdrucke 14/192, 14/198, 14/199, 14/200

¥

Einzelplan 07 Ministerin für Bildung, Wissenschaft, Forschung und Kultur

Min Böhrk konzentriert sich in ihrer Einführung in den Einzelplan 07 auf den Schulbereich und erläutert insbesondere das Modell KLAUS zur Sicherung der Unterrichtsversorgung.

Abg. Volquartz erklärt, die CDU-Fraktion lehne die Umwandlung von Beamtenstellen in Angestelltenstellen auf Dreiviertel-Basis im Lehrerbereich insbesondere aus Wirtschaftlichkeitsgründen ab, und fragt nach der Höhe der mit der von der Landesregierung forcierten Umwandlung von Planstellen verbundenen Zinsbelastungen. - Abg. Stritzl möchte vom Bildungsministerium wissen, wieviel zusätzliche Unterrichtsstunden erteilt werden könnten, wenn die neu zu besetzenden Lehrerstellen mit beamteten statt mit angestellten Lehrkräften besetzt würden.

Auch Abg. Dr. Klug hält die Verbeamtung von Lehrkräften nach wie vor für den effektivsten Weg. Er beklagt, daß der Bildungsetat nur um 0,56 % steige und daß das bereits in der Diskussion mit den Lehrerverbänden befindliche Sparkonzept zur Reduzierung von Ausgleichs- und Ermäßigungsstunden dem Parlament bisher noch nicht zugeleitet worden sei.

Abg. Kähler fragt nach Richtlinien für die Deckungsfähigkeit von Maßnahmegruppen beziehungsweise ganzen Haushaltskapiteln.

Min Böhrk erwidert, die Landesregierung halte vor allem aufgrund der enormen Versorgungslasten an ihrem Kurs fest, Lehrer grundsätzlich im Angestelltenverhältnis zu beschäftigen. Aussagen über etwaige Zinsbelastungen könne sie nicht machen. Daß die schleswig-holsteinische Landesregierung statt volle Stellen Dreiviertel-Stellen anbiete, habe personalwirtschaftliche (Verbesserung der Altersstruktur der Kollegien) und arbeitsmarktpolitische Gründe. Über das Konzept zur Reduzierung der Ausgleichs- und Ermäßigungsstunden werde der Bildungsausschuß unterrichtet, wenn die Phase "verhandeln statt verordnen" abgeschlossen sei und das Konzept in die Phase der Anhörung der Lehrerverbände gehe.

Hinsichtlich des von der CDU-Fraktion abverlangten Zahlenmaterials verweist Stin Köster auf eine entsprechende Kleine Anfrage von Abg. Volquartz; hypothetische Berechnungen stelle die Regierung nicht an.

Die Abgeordneten Dr. Rossmann und Fröhlich unterstützen die Regierung in ihrer Politik, durch die Umstellung von Beamtenstellen auf Angestelltenstellen finanzielle Lasten nicht auf zukünftige Generationen abzuwälzen.

St Dr. Lohmann verweist in dem Zusammenhang auf die ausführliche Diskussion in der Arbeitsgruppe "Haushaltsprüfung".

MDgtin Dr. Pabst teilt mit, bezüglich der Besetzung von Angestelltenstellen verhalte sich das Ministerium differenziert und flexibel und biete im Einzelfall durchaus auch volle Angestelltenstellen oder Beamtenstellen an, sofern nachgewiesen werde, daß ein anderes Bundesland ein entsprechendes Angebot unterbreite habe.

0701-TG 62, Staatliches Internat Schloß Plön

Abg. Dr. Rossmann bittet um Darstellung der Schülerzahl- und Einnahmeentwicklung.

0701-517 01, Bewirtschaftung der Grundstücke, Gebäude und Räume

Auf eine Frage von Abg. Stritzl teilt St Dr. Lohmann mit, das Umzugskonzept der Landesregierung werde dem Finanzausschuß nach Beschlußfassung des Kabinetts zusammen mit der Nachschiebeliste zugeleitet werden.

0701-526 09, Umsetzung des Programms "Eigenverantwortung für die Schulen"

Auf Fragen der Abgeordneten Vorreiter und Volquartz bietet Stin Köster an, den Bildungsausschuß über die Ergebnisse des Programms "Eigenverantwortung für die Schulen" zu informieren (vgl. Erläuterungen Seite 43).

0701-972 02, Globale Minderausgabe

Eine Frage von Abg. Dr. Klug beantwortet Stin Köster dahin, zur Erwirtschaftung der globalen Minderausgabe würden auch Unterbesetzungen und Vakanzen im Hochschulbereich beitragen.

0701-686 01, Zuschüsse für die deutschen Schulen in Nordschleswig

Abg. Dr. Rossmann und der Vorsitzende bitten um Erläuterung zu b) der Erläuterungen "Ausgleichsleistungen" unter Einbeziehung der Ergebnisse des Nordschleswig-Gremiums.

0701-TG 62, Staatliches Internat Schloß Plön

P Dr. Korthals bittet das Bildungsministerium, das Konzept, das noch von einer Kapazität von 130 Plätzen ausgehe, zu überprüfen.

Abg. Stritzl fragt nach der Steigerung des Ansatzes bei Titel 425 62.

0705-684 12, Heimvolkshochschulen, Tagungsstätten und sonstige Bildungsträger

Abg. Fröhlich fragt nach einem Konzept für die Heimvolkshochschule Leck, der Vorsitzende nach einem Konzept für die Bildungsstätten im Landesteil Schleswig beziehungsweise in ganz Schleswig-Holstein und regt die Mitarbeit des Rechnungshofs an dieser Stelle an.

Abg. Dr. Klug kritisiert die Einstellung der Förderung der Europäischen Akademie in Leck.

Stin Köster begründet die Einsparungen mit der angespannten Haushaltslage des Landes und teilt mit, daß man an einem Konzept für die Tagungsstätten in Schleswig-Holstein arbeite.

Abg. Dr. von Hielmcrone signalisiert, daß die SPD-Fraktion ein vitales Interesse an der Erhaltung der Europäischen Akademie in Leck habe.

0706, Landeszentrale für politische Bildung

Die Abgeordneten Vorreiter, Volquartz und Stritzl erklären, die CDU-Fraktion akzeptiere die drastischen Kürzungen in diesem Bereich nicht.

Abg. Fröhlich spricht sich dafür aus, daß die Landeszentrale alle von ihr erwirtschafteten Einnahmen in vollem Umfang selbst ausgeben dürfe. Gekürzt werden müßten die Haushaltsansätze für den Verband politischer Jugend (Titel 684 03) und die Junge Presse Schleswig-Holstein (Titel 684 06).

Der Vorsitzende verweist auf die Neukonzeption der Landeszentrale und unterstreicht den Willen, durch das Instrument der Ausgabenbudgetierung und -flexibilisierung die Eigenverantwortung der Landeszentrale zu stärken.

Min Böhrk begründet die Kürzungen mit Einsparnotwendigkeiten des Landes. Mit der Neukonzeptionierung der Landeszentrale sei eine Effektivierung ihrer Arbeit verbunden. Größeren finanziellen Beweglichkeiten und Anreizmöglichkeiten stehe man durchaus offen gegenüber.

Alle Ausschußmitglieder würdigen die Höhe der von der Landeszentrale erwirtschafteten Einnahmen.

Der Vorsitzende faßt als Fazit der Beratungen zusammen, daß Finanz- und Bildungsausschuß von der Regierung erwarten, daß sie dem Ziel der Stärkung der Eigenverantwortung der Landeszentrale in der Bewirtschaftung der Haushaltsmittel im Wege der Nachschiebeliste gerecht werde. Dabei müßten die selbst erwirtschafteten Einnahmen der Landeszentrale dieser in vollem Umfang zur eigenen Verwendung zur Verfügung stehen.

0706-685 03, Zuschüsse an Stiftungen, Gesellschaften und Vereine

Abg. Sabine Schröder hält eine stärkere Kürzung des Ansatzes für geboten.

0710-251 02, Zuweisungen des Bundes für Modellversuche im Bildungswesen nach Artikel 91 b GG

MDgtin Siebenbaum problematisiert die Effektivität von Modellversuchen, verweist auf die in der Arbeitsgruppe "Haushaltsprüfung" bereits diskutierten Monita des Rechnungshofs und empfiehlt, bei der Entscheidung für Modellversuche zukünftig zurückhaltend zu sein.

Die Ausschüsse kommen überein, das Thema "Modellversuche" grundsätzlich im Bildungsausschuß zu diskutieren.

Abg. Dr. Rossmann stellt auf die innovative Bedeutung von Modellversuchen und die Einwerbung zusätzlicher Drittmittel ab.

0710-282 01, Beiträge Dritter zugunsten "Jugend trainiert für Olympia"

Die Abgeordneten Volquartz und Astrup bitten die Landesregierung, das Problem der Versicherung von Lehrkräften auf Schulfahrten einer Lösung zuzuführen.

0710-681 06, Ausbildungsbeihilfen und Mietkostenzuschüsse in besonderen Fällen

Die Abgeordneten Fröhlich und Dr. von Hielmcrone setzen sich dafür ein, die Mietkostenzuschüsse für den "Förderverein für betreutes Wohnen Amrummer Schülerinnen und Schüler auf Föhr" in Höhe von 10 000 DM wieder in den Haushalt einzustellen.

Stin Köster kündigt eine entsprechende Korrektur (inclusive der Erläuterungen) über die Nachschiebeliste an, macht aber zugleich deutlich, daß für diese Förderung keine Rechtsgrundlage gegeben sei.

0710-MG 04, Leistungen für stundenweise zu erteilenden Unterricht

Abg. Dr. Klug kritisiert, daß Stundengebermittel im wesentlichen der Erwirtschaftung der globalen Minderausgabe zum Opfer fielen, Abg. Heinold möchte sichergestellt wissen, daß die für 1997 ausgewiesenen Stundengebermittel auch tatsächlich zur Abmilderung von Engpässen in der Unterrichtsversorgung ausgegeben würden.

0710-MG 07, Zuschüsse an deutsche Privatschulen

0710-MG 09, Zuschüsse an die Schulen der dänischen Minderheit

Auf eine Frage von Abg. Dr. Klug begründet Min Böhrk die Steigerungen im wesentlichen mit den tatsächlichen Schülerzahlen und Tarifsteigerungen.

(Unterbrechung: 12.45 Uhr bis 14.00 Uhr)

Personalhaushalt

Stin Köster beantwortet eine Frage von P Dr. Korthals dahin, daß Planstellen grundsätzlich mit Angestellten besetzt würden. Ausnahmen bei nachweisbar berechtigter Interessenlage seien nur nach einer Einzelfallprüfung in Absprache mit dem Personalrat möglich.

Abg. Stritzl möchte erstens wissen, was dies konkret "an mehr oder weniger an gegebenen Stunden im Unterrichtsbereich" bedeute, und zweitens bittet er um Auskunft, ob diese Regelung ausschließlich für den Bereich des Einzelplans 07 oder für den gesamten Landesbereich gelte.

St Dr. Lohmann erwidert, daß die Umwandlung von Planstellen in Stellen jeweils im Haushalt ausgedrückt werde, daß sich weitere Angaben in den Allgemeinen Bemerkungen fänden und daß Einzelheiten zu dieser Thematik in der Anfrage auf die Kleine Anfrage der Abg. Volquartz, Drucksache 14/218, nachzulesen seien.

Kapitel 0714, Gymnasien

Abg. Volquartz bittet um schriftliche Mitteilung, wie viele Gymnasiallehrer zur Unterrichtsleistung an Grundschulen ausgeliehen seien.

0715, Gesamtschulen

Abg. Volquartz gibt ihren Unmut darüber zu Protokoll, wie gut nach wie vor die Gesamtschulen im Gegensatz zu den Schulen des gegliederten Schulwesens versorgt würden. Min Böhrk widerspricht dieser Wertung und stellt heraus, daß Gesamtschulen nicht besser versorgt würden als vergleichbare Systeme. Abg. Fröhlich fügt hinzu, sie nehme im Gegensatz zu Abg. Volquartz anderes wahr, weil sich nämlich die Gesamtschulen manches auf ihre Schultern lüden, was andere Schulen nicht täten.

0717-525 15, Fort- und Weiterbildung der Lehrerinnen und Lehrer

Abg. Dr. Klug bittet, dem Bildungsausschuß nach dem Jahreswechsel unverzüglich eine Übersicht darüber vorzulegen, für welche Sachbereiche Haushaltsmittel des Jahres 1996 ausgegeben worden seien.

Haushaltsgesetzentwurf

Artikel 1

MDgt Rohs greift eine Bemerkung der Abg. Volquartz auf und sagt zu, den Ausschuß zu informieren, wenn das Ministerium von der in § 11 b Nr. 10 ausgesprochenen Ermächtigung Gebrauch mache.

Artikel 3

Abg. Dr. Rossmann bittet, die Auswirkungen der Streichung des § 7 Abs. 3 des Landesbesoldungsgesetzes schriftlich darzulegen. - St Dr. Lohmann sagt dies zu.

Der Vorsitzende des federführenden Finanzausschusses schließt die gemeinsame Sitzung um 15.35 Uhr.

**gez. Hay
Vorsitzender**

**gez. Ole Schmidt
Geschäfts- und Protokollführer**

**gez. Breitkopf
Protokollführer**